

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 187 (2021)
Heft: 4

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland

Doch kein US-Truppenabzug

Tod D. Wolters, Viersterne-general, Chef des US European Command und Supreme Allied Commander Europe (SACEUR), muss die Pläne revidieren. Ex-Präsident Trump beharrte noch auf dem Abzug von etwa 12 000 Soldaten aus Deutschland. Er wollte diese nach Polen, Belgien, Afrika und ins Baltikum schicken, viele sogar heimholen oder nur in Rotation nach Übersee schicken.

Unter Präsident Biden sieht die Sache nun gänzlich anders aus. «Zum jetzigen Zeitpunkt ist jede einzelne dieser Optionen auf Eis gelegt. Sie werden alle von der Wiege bis zur Bahre neu untersucht»,

lässt sich Wolters zitieren. Die grösste amerikanische Truppenverlegung in Europa seit dem Kalten Krieg ist somit abgeblasen. Immerhin will US-Verteidigungsminister Lloyd Austin III. die Angelegenheit noch «sehr gründlich prüfen». Das nur wenige Monate nachdem sein Vorgänger Mark Esper (zusammen mit Wolters) noch zu bedenken gab, dass die Truppenverlegung in andere Gebiete Europas insbesondere der Erhöhung der Sicherheit diene. In Deutschland sprach man damals von «Strafaktionen gegen Verbündete» und dass die «Zusammenarbeit mit den USA auf den Kopf gestellt würde». Erstes dürfte nun erwiesen sein, denn Trump argumentierte stets, Deutschland investie-



General Wolters: mit neuem Chef und neuem Auftrag.

re zu wenig in seine Sicherheit und sei deshalb lediglich NATO-Trittbrettfahrer. Nun aber ändert sich vorerst nichts. Etwa 34 000 GI's bleiben in der Bundesrepublik. Bidens Sicherheitsberater Jake Sullivan meinte dazu, sein Präsi-

dent verstehe diesen Schritt im Lichte einer «Global Force Posture Review». Wolters kommentierte diesen Befehl nüchtern. Er müsse jetzt halt «je nach dem retour ans Reissbrett und ganz von vorne beginnen».

Norwegen

Biden stationiert B-1 Bomber

Der neue US-Präsident zeigt militärische Präsenz. Er lässt dazu vier B-1 Bomber und das dazugehörige Personal nach Europa verlegen. Dazu wurden etwa 200 Techniker, Piloten und weiteres Personal von der texanischen Dyess Air Base auf den norwegischen Flugplatz Orland in der Nähe von Trondheim gebracht. Der B-1 Bomber ist die primäre Plattform für die neusten Long-

Range-Anti-Ship-Missiles der US Air Force und haben eine Reichweite von mehr als 300 Seemeilen. Es geht dabei vor allem um eines: Signalwirkung. Biden zeigt, dass er für seine europäischen Verbündeten da ist. Seit März markieren deshalb strategische Schwenkflügelbomber entlang dem Polarkreis und der Arktis Präsenz. «Einsatzbereitschaft und unsere Fähigkeit, Verbündete und Partner zu unterstützen und schnell zu reagieren, sind entscheidend für den gemeinsa-

men Erfolg», erklärt Viersternegeneral Jeff Harrigan, seines Zeichens Chef des NATO Allied Air Command, Kommandeur von US Air Force Europe und Air Forces in Africa. Norwegen sei ein geschätzter Partner und man freue sich allgemein auf die zukünftigen Möglichkeiten die gemeinsamen Verteidigungslinien zu stärken. Der Schritt kommt nicht unerwartet. Denn gleichzeitig verschärfen die USA ihre Rhetorik gegenüber Russland. Ob Biden sich in nächster Zeit

auf eine Art Hard-Power-Diplomatie abstützen wird, muss sich jedoch zuerst noch zeigen. Die zunehmend totalitären Züge aus Moskau, aber auch aus Peking sind der neuen US-Administration ein Dorn im Auge. Klar ist deshalb: Es geht darum, den Russen Paroli zu bieten. Und dafür braucht es vor allem Zeichen der (militärischen) Macht. Biden ordnete den strategischen Schritt nach Norwegen ein und meinte: «Wir müssen diesem neuen Moment des fortschreitenden Autoritarismus begegnen: Mit den USA zu rivalisieren, unsere Demokratie zu beschädigen und zu stören, den sich beschleunigenden globalen Herausforderungen von der Pandemie über die Klimakrise bis hin zur nuklearen Weiterverbreitung gilt es entgegenzuhalten.» Kurz nach dieser Ankündigung starteten die russischen Luft- und Weltraumkräfte zwei Tu-160 Bomber für einen zwölfstündigen Nordeuropa-Patrouillenflug. Die Flugroute, zuletzt



B-1B Lancer landet in Orland.

Bild: US Air Force

entlang der norwegischen Küste, diente ebenfalls der Präsenzmarkierung. Teilweise waren auch einige Mig-31 Kampffjets als Eskorte dabei, stets knapp entlang den NATO-Aussengrenzen. Dazu kommt, dass der

russische Botschafter in Oslo grosse Skepsis äusserte: «Mit Sorge beobachten wir, dass Norwegen sein Territorium für riskante ausländische Manöver zur Verfügung stellt.» Für ihn sei klar, dass es «hier im

Norden» generell keine Probleme gäbe, welche die Präsenz amerikanischer Bomber erfordern. Da Russland den Grossteil seiner Kriegsmarine im hohen Norden stationiert hat, fürchtet es nun um den

Zugang zu den Weltmeeren. Denn im Ernstfall dürfte die NATO die so genannte GIUK-Lücke (Grönland, Island und United Kingdom) unter anderem mit den nun vorpositionierten Bombern sperren.

Serbien

Grosses Aufrüsten 2021

Anlässlich der Übung «Speerspitze 2021» der serbischen Streitkräfte erklärte Präsident Vučić, er wolle seine Armee aufrüsten. Dabei geht es um 20 gepanzerte Mehrzweckfahrzeuge BOV M16 «Miloš» für die Sonderoperationskräfte, vier zusätzliche MIG-29 Kampfflieger (gespendet von Belarus) inklusive Kampfwertsteigerung der aktuell im Einsatz stehenden baugleichen Typen der Luftwaffe sowie 19 Stück T-72 B1MS Kampfpanzer und 20 Aufklärungspanzer BRDM-2M. Bereits im Februar wurden sieben M-77 Digitalni Oganj Mehrfachraketenwerfer ausgeliefert. Ebenfalls sollen zwölf weitere NORA-B52 Panzerhaubitzen aus heimi-



Präsident Vučić bei den Spezialkräften.

scher Produktion ausgeliefert werden. Das alles noch in diesem Jahr. Bereits im Dezember 2020 wurden Verträge für ein neues leichtgepanzertes taktisches Fahrzeug des Typs M-20 6x6, ein neues Gewehr mit optischer Visierung für die Truppe und zusätzliche Munitionssorten mit der

serbischen Rüstungsschmiede Zastava unterzeichnet. Laut dem serbischen Verteidigungsministerium wird demnächst das unbemannte Landfahrzeug Mali Miloš des militärtechnischen Instituts in Belgrad in die dritte Version upgegradet und mit einer 7,62 x 51 mm Minigun des Typs

DillonAero sowie zwei Panzerabwehrlenk Waffen ausgestattet werden. Die Devise dabei lautet, wenn immer möglich im eigenen Land produzieren. Von einem Besuch in Paris anfangs Februar hat Vučić noch tragbare Mistral 3 Flugabwehrsysteme mitgebracht sowie sich von Macron das Versprechen abringen lassen, dass Serbien der wichtigste Balkan-Partner des Élysée ist und das auch bleiben wird. Das scheint für Frankreich äusserst wichtig, denn der Einfluss von Russland und besonders auch China auf Belgrad hat nicht zuletzt durch breit angelegte sino-russische Hilfskampagnen (militärisch sowohl auch medizinisch) und Impfstofflieferungen im Zusammenhang mit der Covid-Krise an Stärke gewonnen.

Russland

Putin warnt

Befehlsausgabe in Moskau. Der russische Präsident befürchtet, dass das Land zunehmend vom Westen destabilisiert werde. In seiner jährlichen Ansprache an seinen Föderalen Dienst für Sicherheit (FSB), also den Geheimdienst, wies er diesen an, die Spionageabwehr zu verdoppeln. Begründung: das so genannte Neo-Containment oder Containment-Light, das die derzeitige westliche Haltung gegenüber dem Kreml auszeichnet. Ohne Namen zu nennen, bekräftigte Putin, es gehe fremden Mächten darum, «unseren staatlichen Fortschritt zu ent-



Befehlsausgabe an FSB-Chef Bortnikow.

Bild: Kreml

gleisen, die Entwicklung zu verlangsamen, unzählige Probleme an unseren Grenzen zu schaffen, interne Instabilität zu provozieren und die Werte zu untergraben, welche unse-

re russische Gesellschaft vereinen». Offenbar geht er davon aus, dass Russland geschwächt und damit unter fremde Kontrolle gebracht werden soll. Und der FSB,

wo Putins Karriere ursprünglich begann, dient ihm im Kampf gegen seine Gegner als Speerspitze. Diese Äusserungen kommen in etwa zeitgleich mit der Verurteilung

und anschliessenden Deportation des Kremlkritikers Nawalny in ein Straflager nahe Moskau. Der missglückte FSB-Mordanschlag auf den Journalisten löste landesweite Proteste aus. Demonstrationen für seine Freilassung finden seither aber fast nur noch im Ausland statt. In Russland befürworteten im März gerade mal 22% der Bevölkerung die Kundgebungen. Die Opposition ist gespalten oder wurde verhaftet. Offenbar wurden mehr als 11 000 Nawalny-Sympathisanten von der Strasse «entfernt» und zu Geld- oder kurzen Gefängnisstrafen verurteilt. Auf diese Weise stärkt Putin seine Interessen, «es sei nämlich notwendig, eine Grenze zu ziehen zwischen dem natürlichen politischen Wettbewerb, dem Wettbewerb zwischen politischen Parteien, ideologischen Plattformen, verschiedenen

Ansichten über die Entwicklung des Landes und den Aktivitäten, die nichts mit der Demokratie zu tun haben und darauf abzielen, die Stabilität und Sicherheit unseres Staates zu untergraben und ausschliesslich ausländischen Interessen dienen». Es gäbe eine Menge zu schützen. Nicht nur vor Terror, der FSB vereitelte etwa 70 Anschläge. Deshalb lobte der Präsident die FSB Tätigkeiten und gratulierte dessen Chef Alexander Bortnikow dazu, dass im letzten Jahr 72 ausländische Spione und 423 ihrer Informanten enttarnt wurden (also in etwa gleichviele wie früher). Die Mittel derer er sich bedient, stehen dabei nicht zur Debatte. Denn unterdessen wurde bekannt, dass der russische Geheimdienst ein regelrechtes Mordprogramm unterhält, um unliebsame Personen aus dem Weg zu räumen.

Kolumbien

Militär tötet zehn Farc-Kämpfer

In Kolumbien sind bei einem Militärangriff nach offiziellen Angaben zehn Guerilla-Kämpfer getötet worden. Drei weitere wurden laut dem kolumbianischen Verteidigungsminister Molano verletzt. Die Getöteten seien ehemalige Farc-Mitglieder gewesen und verantwortlich für die Rekrutierung Minderjähriger, Angriffe auf Sicherheitskräfte, Entführungen und illegalen Bergbau.

Die Farc hatte im Jahr 2016 ein Friedensabkommen mit der kolumbianischen Regierung geschlossen. Die meisten ihrer Kämpfer gaben daraufhin ihre Waffen ab, und die Farc wandelte sich in eine politische Partei um. Allerdings kündigten seitdem einige

ehemalige Farc-Anführer ihre Rückkehr zum bewaffneten Kampf an.

Flüchtlinge aus Venezuela legalisiert

Angesichts der prekären wirtschaftlichen und politischen Situation sind über die vergangenen Jahre rund 5,4 Millionen Venezolaner aus ihrer Heimat geflüchtet. Die grosse Mehrheit, rund 4,6 Millionen, hat in Ländern Lateinamerikas Zuflucht gesucht.

Kein anderes Land beherbergt so viele Flüchtlinge wie Kolumbien: Rund 1,8 Millionen Venezolaner leben dort, meist unter prekären Bedingungen. Kolumbiens rechtskonservativer Präsident Iván Duque kündigte nun an, dass er ihren Aufenthalt legalisieren werde.

China

China will Militärhaushalt kräftig um 6,8 Prozent steigern

China will seinen Militärhaushalt in diesem Jahr um 6,8% kräftig steigern. Das geht aus dem Haushaltsentwurf hervor, der in Peking zur Eröffnung der Jahrestagung des Volkskongresses vorgelegt wurde.

Damit steigen die Ausgaben für das Militär in diesem Jahr wieder schneller als die Gesamtausgaben im Haushalt. Im Vorjahr hatte die Steigerung in den Etatplänen trotz der Corona-Krise auch schon 6,6 Prozent ausgemacht.

Der neuerliche Zuwachs erfolgt vor dem Hintergrund der angespannten Sicherheitslage mit den USA, Indien, Taiwan und im umstrittenen Südchinesischen Meer. Die Steigerungsrate wird mit dem erwarteten starken Wachstum



Die chinesische Führung bei der Eröffnung des Volkskongresses 2021 – inklusive der Masken-2-Klassengesellschaft.

Bild: AFP

der zweitgrössten Volkswirtschaft in diesem Jahr und «schwierigen militärischen Bedrohungen» Chinas begründet.

«Wir werden das militärische Training und die Bereitschaft allgemein verstärken sowie Gesamtpläne machen, um auf Sicherheitsri-

siken in allen Bereichen und für alle Situationen zu reagieren», sagte Premier Li Keqiang vor den 3000 Delegierten. «Die strategischen Fähigkeiten des Militärs, die Souveränität, Sicherheit und Entwicklungsinteressen unseres Landes zu schützen, werden ausgebaut.»

Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping treibt die Modernisierung der Streitkräfte als Teil der «grossen Erneuerung» des Landes massiv voran. «Das beinhaltet, ein Führer in der Welt hinsichtlich internationalen Einflusses zu sein und ein erstklassiges Militär zu haben, dass Kriege «kämpfen und gewinnen kann», sagte die Expertin Helena Legarda vom China-Institut Merics in Berlin.

Chinas Führung wolle, dass ihre Streitkräfte überall in der Welt eingesetzt werden könnten, wenn es notwendig sei – auch wenn keine globale Präsenz wie bei den USA angestrebt werde. Auch wolle China in der Lage sein, im Wettbewerb mit den USA und anderen Ländern bestehen zu können, sagte Legarda. So sei in den nächsten Jahren ein weiterer Ausbau der Fähigkeiten des chinesischen Militärs zu erwarten.

Myanmar / Burma

ASEAN-Staaten
fordern Freilassung
von Suu Kyi

Indonesien und Malaysia haben die Militärführung von Myanmar bei einem Online-Sondertreffen der Vereinigung Südostasiatischer Staaten (ASEAN) zur Freilassung der politischen Gefangenen aufgerufen, allen voran der entmachteten Regierungschefin Aung San Suu Kyi.

Zudem forderten beide Länder, dass das Land in einen Dialog zur Lösung der Krise nach dem Putsch vom 1. Februar tritt, wie nach den Gesprächen der ASEAN-Aussenminister bekannt wurde.

Thailand wiederum hatte sich auch diesmal auf die

Nichteinmischung berufen. Dort war die Regierung selbst im Jahr 2014 mittels eines Militärputschs an die Macht gekommen. Sie geht ebenfalls scharf gegen Kritiker vor und sieht sich einer anhaltenden Protestbewegung gegenüber. Doch andere fanden schon vor dem ASEAN-Treffen deutliche Worte. «ASEANS Widerstand gegen äussere Einmischung in innere Angelegenheiten ist keine pauschale Anerkennung oder stillschweigende Zustimmung zu allem, was dort geschieht», sagte der philippinische Aussenminister Teodoro Locsin. Der Ministerpräsident Singapurs, Lee Hsien Loong, bezeichnete den Einsatz tödlicher Waffen in der BBC als «verheerend».

Das Ziel der Aussenminister-Gespräche sollte offenbar sein, das Militärregime und die gestürzte Zivilregierung unter Staatsrätin Aung San Suu Kyi zu einem Dialog zu bewegen. «Sie müssen miteinander reden, und wir müssen helfen, sie zusammenzubringen», hatte Lee erklärt. Singapur gehört zu den Ländern, die Verbindungen auch zu den Militärs in Myanmar unterhalten. Die südostasiatische Finanzmetropole ist überdies das Land, aus dem die meisten Auslandsinvestitionen nach Myanmar fliessen. Das Wort Singapurs hat deshalb in dieser Sache Gewicht. Es gilt jedoch eher als unwahrscheinlich, dass die ASEAN-Staaten wie die Vereinigten Staaten,

Grossbritannien und die EU-Sanktionen gegen die Militärführung verhängen.

Viel Kritik in sozialen Netzwerken erntete indes die Entscheidung, auch den neuen Aussenminister von Myanmars Militärregierung, Wunna Maung Lwin, zu dem ASEAN-Treffen einzuladen. Die neue Junta hatte mögliche Unregelmässigkeiten bei der Parlamentswahl vom November, die Suu Kyi klar gewonnen hatte, als Grund für den Putsch genannt.

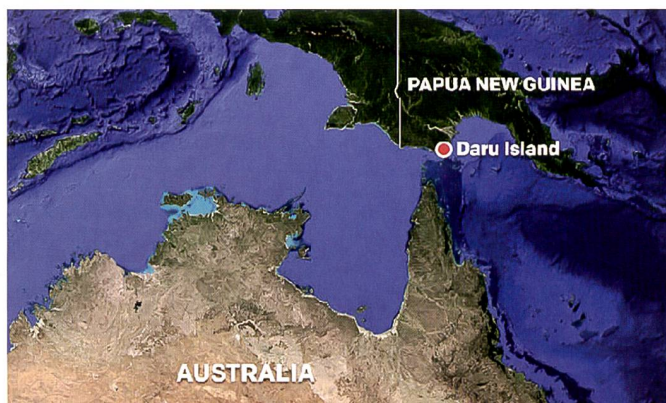
In dem südostasiatischen Land gibt es seit einem Monat immer wieder Massenkundgebungen gegen die Generäle. Die Polizei hat dabei bereits mehr als 20 Menschen erschossen.

Australien / China

Anhaltender Ärger

Lange Zeit waren Australien und China Freunde. Seinen Wohlstand verdankt der fünfte Kontinent der Volksrepublik, die bis heute dessen grösster Handelspartner ist. Doch die Freundschaft hat einen Riss bekommen, seitdem Australien die Gängeleien des immer mächtiger werdenden Chinas nicht mehr hinnehmen will. So hat sich Australien – anders als die europäischen Länder – in der jüngeren Vergangenheit nicht mit Kritik an Chinas Menschenrechtsverletzungen in der Provinz Xinjiang oder in Hongkong zurückgehalten.

Es hat den chinesischen Telekommunikationsanbieter Huawei vom Aufbau des australischen 5G-Netzwerks ausgeschlossen und forsch eine unabhängige Untersuchung des Pandemie-Ursprungs gefordert. Seit Monaten übt China deswegen an Australien Rache mit offenen Beleidigungen, der Schikane australischer



Daru-Insel.

Bild: Newscast Australia

Journalisten sowie mit Handelsbarrieren und -stopps.

Nun scheint die Volksrepublik noch einen weiteren Affront vorzubereiten, der durchaus auch als Drohgebärde interpretiert werden könnte. Ort des neuen Zankapfels ist die Torres-Strasse, der Engpass zwischen Australien und Papua-Neuguinea. In dieser Meerenge befindet sich Daru Island, ein knapp 15 Quadratkilometer grosses Eiland, das bisher nicht wirklich viel zu bieten hat. Doch das soll sich nun ändern, wenn es

nach einem Vorschlag der chinesischen Firma WYW Holding geht. Diese hat Pläne für eine Industrie- und Gewerbezone sowie einen Hafen auf der Insel vorgelegt. Ausserdem sollen ein Resort sowie ein 100 Quadratkilometer grosses Wohngebiet entstehen (wohl mit Landaufschüttungen). Für «New Daru City» haben die Chinesen 39 Milliarden australische Dollar oder umgerechnet über 25 Milliarden Euro veranschlagt.

Im vergangenen Dezember wurde zudem bekannt, dass

ein weiteres chinesisches Unternehmen namens Fujian Zhonghong Fishery eine Absichtserklärung mit der Regierung von Papua-Neuguinea unterzeichnet hat, um einen «gross angelegten multifunktionalen Industriepark für Fischerei» im Wert von 204 Millionen australischen Dollar (fast 133 Millionen Franken) auf der Insel einzurichten.

Letzteres alarmierte die australischen Behörden nicht zuletzt, da keine kommerziellen Fischereifloten in der Region zugelassen sind. Dies vereinbarten die Länder einst im sogenannten «Torres Strait Treaty», der seit 1985 in Kraft ist.

Angesichts der Pläne auf Daru Island fürchtet Australien ganz klar um seine Grenzhöhe. Wie ernst die chinesischen Pläne jedoch wirklich sind, lässt sich bisher nur schwer abschätzen.

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*